

DIESE GRÜNEN!

Wahlzettel Bündnis 90
DIE GRÜNEN

Mit Gasmasken gegen Benzoldämpfe

■ Wir dürfen unsere Gesundheit nicht dem Autowahnsinn opfern

Vermummte Gestalten machen die PassantInnen in der Barmer Innenstadt darauf aufmerksam, dass sie, nach Messungen der Verwaltung, gerade 7,9 µg/m krebserzeugendes Benzol einatmen.

Sowohl am Barmer Steinweg als auch an der Elberfelder Gathe werden Werte gemessen, die in Spitzenzeiten dreimal so hoch sind wie die von der EU empfohlenen 5 µg/m. Die Messungen erfolgten hierbei nicht etwa, wie anzunehmen wäre, auf Höhe von Kindernasen (1m), sondern im auspufffreien Raum 5 Meter über der Straße. Die tatsächlich eingeatmete Konzentration liegt also vermutlich weitaus höher.

MAMBA fordert, schnellstmöglich verkehrslenkende Maßnahmen zu treffen sowie weitere umfangreiche Messungen durchzuführen.

Denn wer möchte unseren Kindern zumuten, demnächst mit Gasmasken durch die Innenstadt zu bummeln? Den Führerschein hätten sie dann vielleicht in der Tasche, ein Leben an der frischen Luft gehörte aber der Vergangenheit an.

Die Grüne Jugendorganisation MAMBA in Aktion

Verkehrswende schon am Ende?

■ CDU steuert mit der F.D.P. gemeinsam vor die Wand

Seit einem halben Jahr ist die bürgerliche Mehrheit nun in der Stadt an der Macht. Vor allem mit einer Wende in der Verkehrspolitik hat die CDU/F.D.P. Stimmen gefangen. Von durchdachter Politik kann allerdings bisher keine Rede sein. Unsinnige Einzelmaßnahmen prägen bisher das Bild.

Nach schwachem Start mit dem Ampelversuch am Kasinokreisel, der bei den BürgerInnen nicht auf große Zustimmung stieß (die Pläne werden jetzt wohl in den Schubladen verschwinden), ging es gnadenlos weiter mit rein autofreundlicher Politik. „Starenkästen“, die die Sicherheit vor allem von FußgängerInnen, RadfahrerInnen aber auch AutofahrerInnen verbessern sollen, wollten CDU und F.D.P. abbauen lassen. Zum Glück für alle Beteiligten haben Experten der Unfallkommission diesem Unsinn einen Riegel vorgeschoben. Auch in der öffentlichen Diskussion fand sich wenig Zustimmung für Raserei auf Wuppertals Straßen. Der neueste Coup, der weder

mit den Wuppertaler Stadtwerken noch mit den BürgerInnen diskutiert wurde, ist die Linksabbiegespur vom Wall in die Neumarktstraße. Frei nach dem Motto: erst einmal Geld (ca. DM 150.000.–) ausgeben, dann überlegen, wollen CDU/F.D.P. Fakten schaffen. Die gute Idee, ein verbessertes Bus- und Bahnangebot zu schaffen, wird so unmög-

lich gemacht, denn hierzu wäre es nötig, zuerst zu ermitteln, welche Buslinien ausgebaut werden müssen, wo Bedarf für neue Angebote besteht und nicht zuletzt muss die Finanzierung sichergestellt werden. Demnächst werden wohl die Parkgebühren gesenkt, um noch mehr Autos in die Stadt zu holen. Mehrere Millionen Mark werden dann

in der Stadtkasse fehlen. Geld, das für sinnvolle Projekte dringend benötigt wird. Sichere Radwege unter anderem für Schulwege und neue Überquerungshilfen für FußgängerInnen an gefährlichen Straßen – daraus wird erst mal nichts. Wo bleibt das Verkehrskonzept, um Wuppertal attraktiver zu machen, wo sind zukunftsfähige Ideen, die nicht nur kurzfristig einigen AutofahrerInnen gefallen?

Die Ratsfraktion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN wird trotz der neuen Mehrheit weiterhin eine sozial und ökologisch orientierte Verkehrspolitik vertreten. Sicherheit, Umweltfreundlichkeit, eine Stadt der kurzen Wege – das ist unser Leitbild für Wuppertal. Mobilität muss für alle möglich sein, nicht nur für AutofahrerInnen. Wir möchten, dass die Menschen in gesunder Umwelt in der Stadt leben können, auf Plätzen in der Stadt verweilen und Kinder und Jugendliche Raum haben sich zu entfalten. Eine lebendige und lebenswerte Stadt wird von den Menschen geprägt, nicht von den Autos!

Vorfahrt für den ÖPNV

AUS DEM INHALT

Theater, Theater und kein Ende S. 2

Neues aus Vohwinkel S. 2

Zukunft für Bus und Schwebbahn S. 3

Frauen-Räume S. 3

Gen-Mais auf dem Acker? S. 4

Guten Tag !

Die Osterferien rücken näher, alles blüht und gedeiht. Die Politik macht sich zum großen Finale vor den Ferien bereit.

In der nächsten Ratssitzung werden die Fraktionen ihre Reden zum städtischen Haushalt 2000/2001 halten.

Die GRÜNE Fraktion hält, was sie im Wahlkampf versprochen hat:

Mit uns wird es keine Kürzungen im Sozialbereich geben, wir unterstützen keine unsinnigen Verkehrsmaßnahmen und wenden uns gegen den Ausverkauf von ökologisch wertvollen Freiflächen für Gewerbegebiete.

Wenn Sie diese Zeitungsausgabe in den Händen halten, können Sie sich also schon gemütlich zurücklehnen, den Frühling genießen und sich auf die Ferien freuen.

Danach können Sie am 14. Mai, dem Tag der Landtagswahl, mit dazu beitragen, die GRÜNEN auf Landesebene gestärkt in den Landtag zu schicken:

WÄHLEN SIE GRÜN!

Konkurrenz bei Bus und Schwebebahn Tempo 30

■ Interview mit Dr. Hoffmann (ÖPNV-Management, Marketing und Verkauf bei den WSW) ■ Rasanter Beschluss

DG: Herr Dr. Hoffmann, die europäische Union hat beschlossen, dass Konkurrenz auch im ÖPNV zugelassen werden muss. Das heißt, dass die WSW gezwungen sind, sich auf Billiganbieter einzustellen. Wir möchten von Ihnen als Leiter des ÖPNV-Managements der WSW gerne wissen, mit welchen Auswirkungen in Wuppertal zu rechnen ist. Stellen Sie sich doch bitte einmal vor, dass das bisher bei den Stadtwerken zusammengeführte System der Busse auf mehrere private Anbieter verteilt wird, die ja auch in unternehmerischer Konkurrenz zueinander stehen.

Dr. Hoffmann: Aus Sicht des Kunden muss der öffentliche Nahverkehr auch unter Wettbewerbsbedingungen weiterhin als einheitliches System verstanden werden und auf lokaler bzw. regionaler Ebene zentral gemanagt werden. Dementsprechend müssen die sogenannten „Regieaufgaben“, wie Angebotsplanung, Vertrieb und Marketing sowie Infrastrukturmanagement auch weiterhin zentral durch eine Regieorganisation wahrgenommen werden. Aus dieser Regieebene müssten dann wettbewerbsneutral Fahrleistungen geplant und zu vorgegebenen Fahrplänen und Qualitätsstandards ausgeschrieben werden.

DG: Welche Vorkehrungen treffen die WSW zur Privatisierung des ÖPNV?

Dr. Hoffmann: Die WSW bereiten sich zur Zeit intensiv darauf vor, in kurzer Zeit wettbewerbsfähig zu werden. Dies beinhaltet unter anderem Kostensenkungen und eine Unternehmensorganisation, die den künftigen Anforderungen des ÖPNV-Marktes Rechnung trägt.

DG: Welche Konsequenzen sehen Sie auf die Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter zukommen? Schon jetzt ist klar, dass Stellen abgebaut werden. Kann die WSW garantieren, dass die jetzigen

Gehalts- und sozialen Standards der Beschäftigten nicht noch weiter runtergefahren werden?

Dr. Hoffmann: Wir müssen letztlich zu wettbewerbsfähigen Konditionen produzieren. Produktivitätssteigerungen und eine Klärung des Tarifproblems im öffentlichen Personennahverkehr sind unverzichtbar.

DG: Die Qualität des ÖPNV ist nach Vorstellungen der GRÜNEN schon jetzt nicht optimal. Wir sehen Bedarf bei der Verbesserung der Anbindung von Wohngebieten, wir brauchen behindertengerechte Haltestellen, einen Elektrobus für die Hardt, den Ausbau der Erdgas-Flotte usw.

Wie sehen Sie die Chancen, Qualitätssicherung mindestens auf dem heutigen Stand festzuschreiben?

Dr. Hoffmann: Wir haben in Wuppertal ein ÖPNV-Angebot auf einem insgesamt sehr hohen Niveau, das bundesweit auch in Bezug auf die Inanspruchnahme beispielhaft ist. Dies schließt natürlich Verbesserungspotentiale im Einzelfall nicht aus. Zunächst wird es darum gehen, dieses Angebot nach Möglichkeit auf dem heutigen Stand zu halten und gemeinsam mit der Stadt eine hierfür passende Finanzierungs- und Organisationsstruktur zu verabschieden. Wünsche nach Leistungsausweitungen können bereits heute nur durch Leistungsumschichtungen, d. h. Kürzungen an anderer Stelle im Netz realisiert werden. Zur Qualitätssicherung müssen wir für den ÖPNV in Wuppertal Standards definieren, die künftig für alle Anbieter verbindlich sein müssen. Dies fordert übrigens auch die EU-Kommission.

DG: Welche Vorstellungen haben Sie, die Einflussmöglichkeiten der Kommunalpolitik nach Privatisierung des ÖPNV noch aufrecht zu erhalten?

Dr. Hoffmann: Es bestehen völlig falsche Erwartungen an eine Privatisierung des ÖPNV. „Englische Verhältnisse“, bei denen einzelne Unternehmen machen können was sie wollen, wird es nicht geben. Das hat auch die EU-Kommission inzwischen erkannt. Die Politik wird allerdings noch mehr als bisher Einfluss haben, da sie letztlich für die Ausgestaltung und Finanzierung ihres örtlichen Nahverkehrssystems verant-

wortlich wird und durch den kommenden Ausschreibungswettbewerb auch Kostentransparenz geschaffen wird. Umfang und Qualität der auszuscheidenden ÖPNV-Leistungen müssen vorgegeben werden. Die Organisation des Wuppertaler ÖPNV-Systems unter Beibehaltung einer zentralen Managementebene wäre für eine kundenorientierte Weiterentwicklung des Nahverkehrs in Wuppertal der richtige Weg.

Der Rat der Stadt hat in der Sitzung am 6.12.99 mit einer Stimme Mehrheit das unsägliche 49-Punkte-Programm der CDU zur Verkehrspolitik beschlossen. Punkt 35 dieses Programms, das offensichtlich auf der irrigen Erkenntnis beruht, dass nur AutofahrerInnen am Verkehr in unserer Stadt teilnehmen, behandelt die zeitliche Begrenzung von Tempo 30 vor Schulen.

Und dies wurde von CDU und FDP vor dem Hintergrund steigender Unfallzahlen, bei denen Kinder zu Schaden gekommen sind, beschlossen. Auch die anderslautenden Meinungen aller Verkehrsexperten, darunter auch die der Polizei, wurden mit dem Arroganz der Macht in den Wind geschlagen. Diese Tempo-30-Strecken befinden sich zum Teil auf Straßen mit bezirklicher Bedeutung, müssen also in den Bezirksvertretungen behandelt werden. Mit großer Freude können wir berichten, dass es in der BV Elberfeld-West gelungen ist, zumindest zwei der drei geplanten zeitlichen Begrenzungen zu verhindern. Die CDU-Fraktion und die FDP blieben bei ihrer Linie „Freie Fahrt für freie Bürger“, konnten aber überstimmt werden. Dies gelang erst nach einem überzeugenden Redebeitrag unserer Bezirksvertreterin Petra Lückert, der die bislang in dieser Frage ähnlich autofreundlich denkende SPD-Fraktion zum Umdenken gebracht hat. An den Schulen Bayreutherstraße und Schwarzer Weg bleibt alles beim alten. Die Verkehrsentwicklung an den Schulen Nützenbergerstraße werden wir ganz genau beobachten.

Endlich: Dach über dem Kopf

■ Frauen erhalten eigene Notaufnahmemöglichkeit

Nach jahrelangen Bemühungen, nicht zuletzt der Wuppertaler GRÜNEN, wird in wenigen Wochen die gemeinsame Unterbringung obdachloser Frauen und Männer im Gebäudekomplex Markomannenstr. 3-5 ein Ende finden.

Unter der Trägerschaft der Diakonie Elberfeld wird in der Deweerthstr. 116 eine Einrichtung geschaffen, in der unter einem Dach obdachlosen Frauen eine Notaufnahmemöglichkeit, dauerhaft betreutes Wohnen, Beratung sowie ein Café als Tagesaufenthaltsmöglichkeit zur Verfügung stehen werden. Hiermit wird ein über viele Jahre bestehender – von nahezu allen Seiten als unhaltbar bezeichneter – Zustand im Helene-Stöcker-Haus beendet. Die un-

mittelbar benachbarte Unterbringung obdachloser Männer und Frauen hatte u. a. immer wieder zur Folge, dass obdachlose Frauen den Weg in die Markomannenstraße scheuten und somit auch eine Reihe weiterer Hilfen nicht in erforderlichem Maße in Anspruch nehmen konnten. Die vom Ressort Jugendamt und soziale Dienste gemeinsam mit der Abteilung Wohnhilfen der Stadtverwaltung, der Diakonie Elberfeld und dem Sozialdienst katholischer Frauen Barmen nach langem Gezerre innerhalb der Stadtverwaltung entwickelten Vorstellungen sehen neben der Einrichtung für Frauen in der Deweerthstraße weitere wichtige ergänzende Maßnahmen vor.

Für Frauen, die nicht oder nicht mehr in der neuen Einrichtung in Elberfeld untergebracht werden können, werden weiterhin Unterkunftsmöglichkeiten auf der Hilgershöhe zur Verfügung stehen. Die notwendige Hilfestellung dort ist

durch die Mitarbeiterinnen des SKF ebenso sichergestellt wie die Unterbringung in Einrichtungen NUR für Frauen. Weitere Änderungen der Obdachlosenhilfe im Hinblick auf Zuständigkeiten innerhalb der Stadtverwaltung sind darüber hinaus auch für die Unterbringung und Betreuung obdachloser Männer geplant.

Im Interesse eines umfassenden und ausreichenden Hilfesystems begrüßen wir ausdrücklich, dass für eine Übergangszeit für die Unterbringung obdachloser Menschen ein Teil der auf der Hilgershöhe für diesen Zweck bestehenden Unterkünfte weiterhin zur Verfügung stehen wird.

Notwendige und von uns unterstützte Vorhaben wie die Erweiterung der Gesamtschule Langerfeld und der Bau einer Sporthalle auf der Hilgershöhe werden hierdurch nicht behindert, wertvolle Unterbringungskapazität bleibt jedoch bis auf weiteres erhalten.

Kaffeemaschine selber kaufen

ABO
geschenkt

**Wenn Du „DIESE GRÜNEN!“
regelmäßig lesen möchtest,
Coupon ausfüllen und an die
Grüne Ratsfraktion, Rathaus,
42269 Wuppertal schicken.**

Ratschronik 13.12.99

1. Entschädigung von Zwangsarbeiterinnen

Dr. Jörg Mittelsten-Scheid von der Vorwerk-Stiftung hält eine Rede zum Thema Zwangsarbeit in Wuppertal. Wir hätten es begrüßt, wenn auch betroffene ZwangsarbeiterInnen das Wort erhalten hätten. Mittelsten-Scheid fordert in einer die Zwangsarbeit verharmlosenden Rede den Rat auf, aus einer Forderung nach Beteiligung Wuppertaler Firmen an den Entschädigungszahlungen einen Appell zu machen. Wegen dieses reinen Appellcharakters der Anträge können sich die GRÜNEN Stadtverordneten daher nur enthalten.

2. Freies Parken in Wuppertal an den langen Samstagen vor Weihnachten

CDU + F.D.P. wollen den AutofahrerInnen damit ein für die Wuppertaler Stadtkasse teures Weihnachtsgeschenk überreichen. VerkehrsteilnehmerInnen,

die umweltschonend Bus und Bahnen benutzen, sollen jedoch leer ausgehen. Der Antrag der GRÜNEN auf freie Benutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln an diesen Samstagen hat daher bei den konservativen Weihnachtsmännern und -frauen keine Chance.

3. Feuerwache Ost

Für die GRÜNEN kommt nach reiflicher Prüfung nur der Standort Waldeckstraße für den dringend benötigten Neubau der Feuerwache Ost in Frage. Konzepte zum Erhalt des Gaskessels können jetzt realistisch werden. Gegen die PDS, bei Enthaltung der SPD beschlossen.

4. Bürgerbefragung zur Verkehrspolitik

Hier wird deutlich, welches Politikverständnis CDU und F.D.P. an den Tag legen: erst beschließen sie im Alleingang verkehrspolitische Maßnahmen und

dann wollen sie die Wuppertalerinnen und Wuppertaler nach ihren Vorstellungen und Wünschen befragen. Andererseits wäre ein ordentliches Paar Schuhe daraus geworden. Die Verkehrsbeurteilung wird trotzdem einstimmig beschlossen.

5. Schillertheater

Die Fraktion der GRÜNEN beantragt, dass der Rat der Stadt sich deutlich für den Erhalt der Theaterfusion und des Drei-Sparten-Theaters ausspricht. Die anderen Fraktionen wollen dem so nicht zustimmen. Überweisung in den Kulturausschuss.

6. Sachkundige EinwohnerInnen in den Gremien des Rates

Der GRÜNE Antrag, fünf Sachkundige EinwohnerInnen pro Ausschuss zu benennen wird abgelehnt. So stehen jetzt einige engagierte Initiativen, vor allem aus den Bereichen Frauen und Umwelt außen vor.

Ratschronik 14.2.00

1. Peter Vorsteher wird GRÜNER Stadtverordneter

Nach Ausscheiden von Petra Scholl rückt Peter Vorsteher für die GRÜNEN als Stadtverordneter in den Rat nach. Seine Themenschwerpunkte sind die Sozial- und Gesundheits- sowie die Sportpolitik.

2. Auflösung der Theaterfusion

Mit den Stimmen von CDU und FDP wurde die Auflösung der Theaterfusion beschlossen. Entgegen demokratischen Gepflogenheiten gab es keine vorherige Diskussion im Kulturausschuss oder anderen Gremien. Auch die Frage nach dem Fortbestand des Drei-Sparten-Theaters nach Auflösung der Fusion und die Frage der Finanzierung kümmerten weder CDU noch F.D.P.

(siehe auch Artikel „Schluss mit dem Theater?!“ auf S. 2)

3. Antrag auf Einrichtung eines Gesundheitsraumes

Im Vermittlungsausschuss des Bundesrates wurde noch über Verbot oder Genehmigung von Gesundheitsräumen verhandelt, da machte die GRÜNE

Fraktion mit ihrem Antrag deutlich, dass Drogenkranke auf einen Gesundheitsraum in Wuppertal nicht verzichten können, zumal auf kommunaler Ebene alle Vorbereitungen dafür getroffen waren. Der Rat hat einen in dem Punkt ähnlich lautenden Antrag der F.D.P. beschlossen.

4. Antrag „Kinderfreundlichkeit“

Um Kinderfreundlichkeit für alle Ressorts als Querschnittsthema zu verankern, stellte die Fraktion den Antrag „Kinderfreundlichkeit in Wuppertal“. Im Bereich Stadtplanung und Bauen sind bis jetzt Kinderinteressen kaum berücksichtigt. Die anderen Fraktionen weigerten sich, den Antrag „Kinderfreundlichkeit in Wuppertal“ im Rat zu behandeln und zu beschließen.

5. Wahl sachkundiger EinwohnerInnen

Die GRÜNEN stellten den Antrag, dass Initiativen, Verbände und Organisationen aus den Bereichen Verkehr, Umwelt und Denkmalpflege den städtischen Gremien beratend zur Seite stehen sollen. Dies wurde mehrheitlich abgelehnt. So viel zur demokratischen Kultur im Rat.

Ratschronik 31.1.00

1. Einbringung des Haushalts

Der Doppelhaushalt 2000/2001 wurde von Oberbürgermeister Dr. Kremendahl und Kämmerer Dr. Slawig eingebracht. Die politischen Schwerpunkte des OB: eine nachhaltige Modernisierung der Wirtschaft, Sicherung der Zukunftschancen für Kinder und Jugendliche und die lebens- und lebenswerte Gestaltung der Stadt. In dieser Allgemeinheit fand die Schwerpunktsetzung auch die Zustimmung der GRÜNEN Fraktion. Die jährlichen strukturellen Minusbeträge der Stadt sollen von 59 Mio. DM

(1999) über 49 Mio. DM (2000) bis auf 28 Mio DM (2001) verringert werden.

Für 2002 sieht der Oberbürgermeister Wuppertal im GRÜNEN Bereich: ab diesem Jahr soll erstmals ein Überschuss erwirtschaftet werden, sprich: ab 2003 soll es keine Nettoneuverschuldung mehr geben.

Auf den ersten Blick unterscheidet sich der Haushaltsentwurf wenig von denen der letzten Jahre. Wir befürchten aber, dass die neue konservative Mehrheit uns durch ihre Haushaltsanträge die Tränen in die Augen treiben wird.

2. Neugestaltung Döppersberg

Der Rat hat den Grundsatzbeschluss zur Neugestaltung des Döppersberges einstimmig gefasst – das größte Stadtentwicklungsprojekt für Wuppertal in den letzten Jahren. Die vorangegangene Planung ist GRÜNEN Ansprüchen gerecht geworden: es gab keine gigantomanischen Vorschläge und im Vorfeld wurde ein Werkstattverfahren durchgeführt. Klar ist: Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN werden das Projekt konstruktiv begleiten.

Gastkommentar: Keine kommunale Gentechnik

■ Ilona Schäfer, BUND Wuppertal

Zunächst eine erfreuliche Nachricht: Immer mehr Lebensmittelmärkte, darunter einige große Handelsketten, lehnen den Verkauf genmanipulierter Nahrungsmittel ab und bieten statt dessen in ihren Filialen Produkte an, die mit dem Hinweis „ohne Gentechnik“ versehen sind.

Diese Kennzeichnung sagt aus, dass das Produkt aus Rohstoffen hergestellt wurde, die keine nachweisbaren gentechnischen Veränderungen aufweisen. Im Klartext heißt das, schon die landwirtschaftlichen Flächen, auf denen diese Rohstoffe angebaut werden, müssen frei von Gentechnik sein – und sollten es auch in Zukunft bleiben.

Um das zu gewährleisten hat der BUND (Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland) eine bundesweite Aktion gegen Gentechnik in der Landwirtschaft gestartet. Sie heißt „Keine Gentechnik auf kommunalen Flächen“ und soll die KommunalpolitikerInnen in Städten und Gemeinden ansprechen. Ziel der Aktion ist, dass sich möglichst viele Kommunen gegen den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen auf ihren Flächen aussprechen und in ihren Parlamenten entsprechende Beschlüsse fassen. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beteiligt sich ebenfalls an der Aktion; ein entsprechender Antrag wird im April im Stadtrat eingebracht. Es ist unabdingbar, dass sich unsere Stadt gegen den Anbau gentechnisch veränderter Organismen ausspricht – zumindest auf Flächen, die in ihrem Eigentum stehen. Darüber hinaus sollte die Stadt aber auch darauf hinwirken, dass auf landwirtschaftlichen Flächen in Privatbesitz ebenfalls auf den Einsatz der Gentechnik verzichtet wird.

Die Freisetzung von Genpflanzen bedeutet zum einen ein ökologisches Risiko, da natürliche Gleichgewichte möglicherweise gestört werden. Die Folgen solcher Freilandversuche sind bisher nur ungenügend geklärt; fest steht jedoch, dass Genmanipulationen auf andere Pflanzen und auf andere Lebewesen wie z. B. Bodenbakterien überspringen können. Damit sind auch herkömmliche Anbauflächen, die sich in der Nähe

solcher Genpflanzen-Felder befinden, gefährdet. Die Kontrolle über Freisetzungen ist bis jetzt nicht zufriedenstellend geregelt. Denn zur Zeit gibt es selbst auf EU-Ebene noch keine klare Rechtsgrundlage für die Freisetzung gentechnisch veränderter Organismen. Eine Novellierung der Freisetzungsrichtlinie steht in Kürze an, da die bestehende Richtlinie nach Ansicht der EU-Kommission offenbar deutliche Lücken enthält. Es ist jedoch nicht zu verantworten, dass der Anbau gentechnisch veränderter Organismen auf der Grundlage unzureichender rechtlicher Regelungen genehmigt wird. Andere europäische Regierungen (z. B. England und Frankreich) sind daher schon seit langem sehr zurückhaltend bei der Erteilung von Genehmigungen für den Anbau von Genpflanzen. Auch die Bundesregierung hat nun endlich im Februar diesen Jahres ein Signal in diese Richtung gesetzt: Umwelt- und Landwirtschafts- und Gesundheitsministerium sprachen ein Vermarktungsverbot für den insektenresistenten sog. „Bt-Mais“ der Firma Novartis aus. Diese Entscheidung wird vom BUND begrüßt, sie ist den Umweltschützern aber nicht weitreichend genug. „Als nächster Schritt muss nun die Bundesregierung davon überzeugt werden, dass die Gentechnik insgesamt einen Irrweg für die Pflanzenzüchtung darstellt“, fordert Dan Leskien, Gentechnik-Experte des BUND.

Genmanipulierte Nahrung birgt ein bisher nicht abschätzbare Gefahrenpotenzial für die VerbraucherInnen. Befürchtet werden unter anderem die Entwicklung neuer Allergien sowie ein erhöhtes Risiko für AllergikerInnen, die sich der Inhaltsstoffe von Lebensmitteln in Zukunft immer weniger sicher sein können. Der Einsatz von Antibiotikaresistenzgenen als sog. „Markergene“ beinhaltet zudem die Gefahr, dass Krankheitserreger zunehmend Resistenzen entwickeln und damit in der Medizin dringend benötigte Antibiotika zur Behandlung nicht mehr zur Verfügung stehen. Dieses Vorgehen kann sich für PatientInnen lebensbedrohlich auswirken, denn die Erfahrungen aus mikrobiologischen Labors zeigen, dass immer häufiger hochresistente Keime isoliert werden. Diese Entwicklung sollte nicht durch unnötige Genmanipulationen gefördert werden!

Dafür. Die Grünen

Zeitung zur Landtagswahl in NRW - Bündis 90/DIE GRÜNEN Kreisverband Wuppertal · Oberbergische Straße 8 · 42285 Wuppertal

Interview

Never change a winning team

Interview mit Joschka Fischer

Dafür: Warum sollen die Menschen in Nordrhein-Westfalen am 14. Mai Grün wählen?

Joschka Fischer: Trotz aller anfänglichen Schwierigkeiten der rot-Grünen Koalition hat die Düsseldorfer Landesregierung eine sehr gute Arbeit geleistet, die sich sehen lassen kann. Angesichts des notwendigen und überfälligen strukturellen Wandels, der im größten Bundesland der Bundesrepublik zu leisten war, hat die rot-Grüne Landesregierung seit 1996 bewiesen, daß rot-Grün keine Schönwetterveranstaltung ist, sondern eine politische Konstellation mit großem Gestaltungswillen und der Fähigkeit zu verantwortlichen Reformen hin zu einer sozialen und ökologisch ausgerichteten Zukunft. Und dazu haben gerade die nordrheinwestfälischen Grünen einen unverzichtbaren Beitrag geleistet. Um diesen Weg erfolgreich weiterzugehen, empfehle ich den Wählerinnen und Wählern in NRW, am 14. Mai Bündis 90/Die Grünen zu wählen.

Dafür: In der Koalition mit der SPD gab es auch immer eine Menge Schwierigkeiten. Gibt es Alternativen zu rot-Grün?

Joschka Fischer: Demokratie lebt immer von Alternativen. Die Frage ist nur, ob sie gut für das Land und die Menschen in NRW sind. Zumal wenn die Alternative angeführt wird von Mitgliedern der „Jungen Garde“ Helmut Kohls wie Zukunftsminister a.D. Jürgen Rüttgers oder einem „Ich-würde-wenn-ich-wüßte-dass-ich-könnte“ Jürgen Möllemann mit seiner jüngsten nachgeradezu grotesk anmutenden Selbstinszenierung als Gralshüter und Hort der Erneuerung. Was ist an Möllemann eigentlich neu? Da halte ich es doch lieber mit unseren amerikanischen Freunden: „Never change a winning team!“

Wir erneuern Nordrhein-Westfalen

Von unseren SpitzenkandidatInnen Bärbel Höhn und Michael Vesper

10 Jahre erfolgreiche Arbeit. Am 14. Mai 2000 stellen die Menschen in Nordrhein-Westfalen wichtige politische Weichen: Sie haben die Wahl zwischen politischem Stillstand einerseits und sozial-ökologischer Reformpolitik, die wir Grüne als Motor der Erneuerung in der Landesregierung initiiert haben, andererseits.

Wir blicken selbstbewusst auf zehn Jahre erfolgreicher Arbeit zurück: 1990 bis 1995 zunächst als kreative und sachorientierte Opposition, seit 1995 dann als sozial-ökologische Regierungspartei. Die Arbeit in der Koalition war nicht immer einfach. Dennoch: Wir wollen diesen Weg auch nach dem 14. Mai konsequent weitergehen. Nordrhein-Westfalen braucht Grün! Wir haben in den vergangenen Jahren viel erreicht, um unser Land ökologisch und sozial fit für die Zukunft zu machen. Wir haben dem Umwelt- und vor allem dem VerbraucherInnenenschutz eine neue Bedeutung gegeben; wir haben mit der überdurchschnittlichen Förderung erneuerbarer Energien einen großen Schritt in Richtung Energiewende einerseits und für tausende

de zukunftsfähiger Arbeitsplätze andererseits getan. Wir haben mit dem Landesgleichstellungsgesetz unsere konsequente Frauenpolitik durchgesetzt und nicht zuletzt verfilzte Strukturen in NRW begonnen, aufzubrechen. Dies ist nur ein kleiner Teil unserer Erfolge.

Aber Nordrhein-Westfalen wird sich auch in den kommenden Jahren gewaltigen Aufgaben stellen müssen. Priorität hat die nach wie vor zu hohe Arbeitslosigkeit. Kleine und mittlere Unternehmen sowie junge UnternehmerInnen werden bereits verstärkt gefördert, denn sie schaffen im Vergleich die meisten Arbeits- und Ausbildungsplätze. Effiziente Technologien sparen Ressourcen. Sie zu fördern bedeutet, Nordrhein-Westfalen zu stärken und den Strukturwan-

del sinnvoll zu gestalten. **Grüne als Reformmotor stärken**

Unser Land darf nicht schwarz werden. CDU-Mehrheiten in den Kommunen legen eine verhängnisvolle Mischung aus Arroganz und Unfähigkeit an den Tag. Sie betreiben ökologischen als auch sozialen Kahlschlag. Und ein „Zukunftsminister“, der im Bundeskabinett nicht einmal die ständigen Kürzungen der angeblich wichtigsten Themen Forschung und Bil-

dung verhindern konnte, wird unser Land nicht regieren können.

Aber auch eine absolute SPD-Mehrheit wäre ein Rückfall in gerade überwundene Zeiten des landespolitischen Absolutismus. Wir Grünen sind der Reformmotor in Nordrhein-Westfalen. Ohne uns gäbe es politischen Stillstand. Darum wollen wir die erfolgreiche Arbeit, die wir in den vergangenen Jahren geleistet haben, mit verstärkter Kraft fortsetzen.

Existenzgründerinnen fördern

Mehr Frauen in die Selbstständigkeit durch differenzierte Maßnahmen

Das Recht auf eigenständige Existenzsicherung für alle Frauen ist zentraler Bestandteil grüner Programmatik. Nach wie vor waren und sind konkrete, differenzierte Maßnahmen zur Überwindung der Benachteiligung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt notwendig.

Wir Grünen in NRW haben uns besonders dafür eingesetzt, die Gründungsoffensive „GO!“ auch an der Zielgruppe der Frauen auszurichten. Frauen waren paritätisch in der Werbekampagne vertreten. Es wurde ein Existenzgründerinnenprogramm aufgelegt, welches die spezifische Situation von Frauen bei der Gründung besser berücksichtigt als das herkömmliche Zinsverbilligungsprogramm, und das mit jährlich fünf Millionen Mark ausgestattet wird. Da

Frauen überproportional im sozialen Bereich und im Dienstleistungssektor

gründen, schaffte die Landesregierung für Frauen das Mindestinvestitionsvolumen ab. Frauen können ihre Kredite im Rahmen des Landesprogramms mit einer Bürgschaft des Landes sichern lassen. So konnte der Anteil von Frauen bei den Gründun-

gen von 27% 1996 auf 31% 1998 gesteigert werden. Selbstständigkeit ist eine Alternative für Frauen, die auch in Zukunft weiter unterstützt werden muss. Junge, hochqualifizierte, flexible, ungebundene Frauen haben gute Chancen, sich z.B. im Medien-, Informations- und Kommunikations-Bereich eine eigenständige Existenz aufzubauen. Damit aber auch Frauen mit Familienpflichten den Schritt in die Selbstständigkeit wagen, wollen wir auch ihnen den Zugang zu den neuen Berufen erleichtern und die Angebote der Beratung, der Weiterbildung und des „Coachings“ von Frauen verstärken.

Erneuerbare Energien und Klimaschutz

Jürgen Trittin **Dr. H.E. Ott**

Bundesumweltminister

kommissarischer Leiter der Abt. Klimapolitik / Wuppertal-Institut

Moderation: Petra Lückeraht

Montag 10. April 2000, 20 Uhr

im InterCityHotel Wuppertal
Döppersberg 50

Bilanz

Anderhalb Jahre rot-Grün im Bund

Eine Zwischenbilanz von Jürgen Trittin

Mit der Bundestagswahl haben die Wählerinnen und Wähler die soziale und ökologische Modernisierung eingefordert. Wir setzen dieses Votum Schritt für Schritt um.

Mehr Steuergerechtigkeit

Wir entlasten mit unserer Steuerreform die kleinen und mittleren Einkommen, vor allem Familien mit Kindern. Das wird gegenfinanziert mit dem Streichen von Steuer-schlupflöchern für Konzerne und Großunternehmen.

Das Kindergeld wurde um 50 DM erhöht und wir haben durchgesetzt, dass die Erhöhung auch den Familien zukommt, die Sozialhilfe beziehen.

Rund 200.000 Arbeitslose weniger im ersten Jahr rot-Grün – das ist noch nicht genug, aber wir haben den Trend umgekehrt. Und von

unserem Programm gegen Jugendarbeitslosigkeit haben schon weit über 200.000 Jugendliche profitiert.

Ohne die Grünen hätte es kein modernisiertes Staatsbürgerschaftsrecht und keine ökologisch-soziale Steuerreform gegeben.

Energiewende eingeleitet

Wir haben ein Programm für erneuerbare Energien im Umfang von gut 1 Mrd DM. aufgelegt. Das neue Erneuerbare Energien Gesetz schafft mit einer kostenorientierten Einspeisevergütung (99 Pf/KWh für Solarstrom) Investitionssicherheit und -anreize für Betreiber von Photovoltaikanlagen und Windmüller und bezieht erstmals auch die Biomasse in die Einspeisevergütung mit ein. Die Grünen Erfolge sind gerade hier unübersehbar.

Unsere KandidatInnen zur Landtagswahl

Christiane Bainski

Wahlkreis 35

Ich bin 48 Jahre alt, habe einen 23-jährigen Adoptivsohn und bin von Beruf Lehrerin. Seit 1995 bin ich für die Grünen – und natürlich für Wuppertal – Landtagsabgeordnete.

Im Landtag habe ich mich besonders den Themen Bürgerrechte und Bildung zugewandt. Dabei liegt ein Schwerpunkt meiner Arbeit in der Migrationpolitik. Als Vorsitzende des Ausschusses für Migrationangelegenheiten konnte ich eine Vielzahl von landespolitischen Initiativen anstoßen und gestalten, die NRW zum Vorreiter in der Migrationpolitik in der BRD gemacht haben. Dazu zählen beispielsweise der Einstieg in die aktive Antidiskriminierungspolitik, die gezielte Förderung von Möglichkeiten demokratischer Teilhabe von MigrantInnen sowie der Aufbau des Landesentrums für Zuwande-

der wesentlichen Punkte. Ein besonderes Anliegen ist mir die Förderung von Haftalternativen. Das in Folge meiner Initiative in NRW entwickelte Angebot des Täter-Opfer-Ausgleichs (TOA) gilt heute als bundesweit führend. In Wuppertal konnten wir neben einem TOA-Projekt auch ein erfolgreiches Projekt „gemeinnützige Arbeit statt Ersatzfreiheitsstrafe“ realisieren. Ein weiterer Schwerpunkt meiner politischen Arbeit ist die Schul- und Bildungspolitik. Als Mitglied des Ausschusses für Schule und Weiterbildung habe ich mich insbesondere für Verbesserungen der Ausstattung unserer Schulen z.B. mit modernen Medien eingesetzt. Auf Initiative von uns grünen BildungspolitikerInnen sind 2.600 zusätzliche LehrerInnenstellen in NRW geschaffen worden. Ein Thema, das bislang in der Schulpolitik unterschätzt wird, ist die Förderung von Eigenverantwortlichkeit.

Schließlich ergibt sich als Synthese der dargestellten Schwerpunkte meiner Arbeit, dass Kinder und Jugendliche aus Migrantenfamilien gleiche Chancen in der Schule und beim Übergang in den Beruf erhalten müssen. In all diesen Politikfeldern habe ich die Erfahrung gemacht, dass man mit konsequent emanzipatorischen Grundpositionen – gepaart mit der nötigen Kompromissbereitschaft – auch in schwierigen Politikfeldern beachtliche grüne Erfolge erzielen kann.

Ich werbe um Ihre Stimme, um diese erfolgreiche Arbeit fortsetzen zu können.

Petra Lückeroth

Wahlkreis 36

1958 in Wuppertal geboren, verheiratet, zwei Söhne (10 und 15 Jahre). Seit 1995 Mitarbeiterin in der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen. Seit 1990 engagiertes Parteimitglied in unterschiedlichen Funktionen z.Zt. Bezirksvertreterin und Mitglied in den Ausschüssen für Kultur und Stadtmarketing.

Meine kommunalen Arbeitsschwerpunkte sind Kultur- und Frauenpolitik und die Denkmalpflege, Bereiche, in denen die Landespolitik eine wichtige Rolle spielt. Weitere Schwerpunkte sind für mich der verantwortliche Umgang mit Ressourcen, der Umweltschutz und der konsequente Schutz von VerbraucherInnen. Über diese Themen Schwerpunkte hinaus möchte ich mich im Landtag natürlich besonders für die Interessen Wuppertals einsetzen.

Der gesellschaftlichen Bedeutung von Kultur muss die Politik stärker als bisher gerecht werden. In den finanzschwachen Kommunen droht ein kultureller Kahlschlag: die Bibliotheken schließen ihre Außenstellen und die Musikschulen schränken ihre Angebote drastisch ein. Die ohnehin unzureichenden Mittel für die freie Kulturarbeit schrumpfen und den Stadttheatern droht der Gastspielbetrieb oder die Privatisierung, vorangetrieben von den neuen konservativen Mehrheiten in den Städten. Als aktuelle Beispiele seien hier Köln und Wuppertal genannt. Dies aber läuft auf gefällige Spielstätten hinaus. Subventioniertes Theater soll Raum für Innovationen schaffen und neue Sichtweisen ermöglichen. Bündnis 90/Die

wollen die Verantwortlichen Landes in der Kultur weiterentwickeln. Frauenpolitik haben die

Grünen Fortschritte gegen die beharrlichen Kräfte der SPD durchgesetzt. Das nach zähem Ringen verabschiedete Landesgleichstellungsgesetz ist im Bundesvergleich vorbildlich, muss jetzt aber mit Leben gefüllt werden. So muss sich beispielsweise dringend ändern, dass der einzige Mann an den meisten Grundschulen im Land der Schulleiter ist. Wir wollen der Wirtschaft Anreize geben, in den Betrieben aktiv Frauenförderung zu betreiben. Die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und ihr Recht auf Selbstbestimmung müssen endlich selbstverständlich werden. Deshalb wollen wir unsere selbstbewussteste Frauenpolitik konsequent fortsetzen.

Beim Thema „Umgang mit Ressourcen“ gilt: Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt. Ziel ist es, auf allen Politikfeldern sicherzustellen, dass die jetzige Generation nicht auf Kosten der folgenden lebt. Das verpflichtet uns, mit Ressourcen sparsam umzugehen und effizient zu nutzen. Wir setzen uns für intelligente Lösungen ein, um den Verbrauch endlicher Ressourcen wie der fossilen Energieträger Kohle, Öl und Gas und zugleich den Ausstoß von Schadstoffen wie des klimaschädlichen Kohlendioxids zu verringern. Bündnis 90/Die Grünen haben dem Verbraucherschutz eine neue Bedeutung gegeben. BSE bei Rindern und Dioxine in Geflügel hatten eine gemeinsame Ursache: die Futtermittel. Die VerbraucherInnen wollen gesunde Nahrungsmittel von Qualität, deshalb kämpfen wir für artgerechte Tierhaltung, natürliche Fütterung, regionale u. ökologisch erzeugte Produkte.

Wahlkreis 38

Kandidatin im Wahlkreis 38, Wuppertal IV / Solingen I, 40 Jahre, Diplombiologin. Seit sechs Jahren aktiv bei den Grünen.

Für eine bessere regionale Vernetzung, Gesundheits- und Sozialpolitik Die Welt hört nicht an der Stadtgrenze auf. Wirtschaftspolitik, Kultur, Nahverkehr oder Landschaftsschutz wirken weiter. Als Beispiel sei das von Solingen geplante Gewerbe in Piepersberg genannt. Von den Folgen auf Straßenverkehr und Umwelt sind Solinger und Wuppertaler Menschen betroffen.

Im Medienbereich, den Informationstechnologien oder den Gesundheitsberufen gibt es zukunftsorientierte Arbeitsplätze. Wir wollen im „bergischen Miteinander“ die dafür notwendigen Qualifikationen ermöglichen. Mein Engagement: Die Gesundheitspolitik.

Gesundheit fängt bei den Lebensverhältnissen an. Darüber hinaus stehe ich klar für das Recht aller Menschen auf eine ausreichende gesundheitliche Versorgung. Was nötig und sinnvoll ist, muss - unabhängig von Einkommen und sozialem Status - gewährleistet werden.

Über eine Wertschöpfungsabgabe und eine steigende Zahl der Beitragspflichtigen ist dies langfristig auch ohne gravierende zusätzliche Belastung der einzelnen Versicherten möglich. Ein Abschied von der solidarischen Krankenversicherung kommt für mich ebenso wenig in Betracht wie ein reduzierter Versicherungsschutz.

Was will ich in NRW bewirken?

Iris Nürnberger

Es sind unsichere Zeiten für Krankenhäuser: In immer weniger Kliniken mit immer weniger Ressourcen sollen immer mehr Menschen immer besser behandelt werden. Ich will ausreichende Angebote in der Region! Dazu gehört auch ein von allen getragener Strukturwandel – z. B. zu Gesundheitszentren.

Ich werde mich für innovative Gesundheitskonferenzen in den Kommunen einsetzen. Deren Aufgabe ist, zu erarbeiten, wie den besonders schwerwiegenden gesundheitlichen Problemen im Vorfeld begegnet werden kann.

Eine wesentliche Aufgabe für die Region sehe ich in der Sicherung der psychiatrischen Versorgung von Kindern und Jugendlichen und der qualifizierten Behandlung von HIV oder Hepatitis C Infizierten.

Soziale Netze knüpfen:

Arbeit bezahlen statt Arbeitslosigkeit! Mein Ziel sind individuelle Qualifizierungs- und Beschäftigungsmaßnahmen. Dabei muss auf die verschiedenen Voraussetzungen eingegangen werden. Qualifizierung soll arbeitstechnische wie soziale Fähigkeiten fördern.

Den Menschen, die nicht mehr auf dem marktwirtschaftlich bestimmten Arbeitsmarkt bestehen können, will ich langfristig einen Arbeitsplatz in einem sinnvollen zweiten Arbeitsmarkt sichern. Einen Zwang zu gemeinnütziger Arbeit darf es nicht geben. Mein Einsatz gilt ebenso den Belangen der Menschen, die auf soziale oder pflegerische Unterstützung angewiesen sind, Behinderten und Menschen, die in NRW Zuflucht gesucht haben. Alle haben Recht auf ein selbstbestimmtes Leben und Teilhabe an unserer Gesellschaft.

Wahlkreis 37

Ich bin 24 Jahre alt und gelernter Sozialversicherungsfachangestellter. Seit 1999 studiere ich an der Bergischen Universität Sozialwissenschaften. Im Januar letzten Jahres war ich Mitbegründer von MAMBA – Junge Grüne Wuppertal, Jung, giftig und grün. Wir unterstützen seitdem die Wahlkämpfe mit kritischen Plakaten und gründeten Arbeitsgemeinschaften beispielsweise zum Thema Agenda 21 und Demokratie. Ich initiierte das Schulprojekt „Demokratie“, mit dem ich junge Menschen von grüner Politik begeistern möchte. Als Delegierter verrete ich den Kreisverband Wuppertal seit 1999 auf Landesebene.

Ich streite für eine integrierende Kinder- und Jugendpolitik sowie eine aufgeklärte Schul- und Hochschulpolitik.

Eine qualitative Kinderbetreuung benötigt ein integriertes Gesamtkonzept vom Kleinkind- bis zum Jugendalter. Dies kann durch demokratische Ausgestaltung des Kindergartengesetzes, verbesserte ErzieherInnenausbildung sowie ganztägige und flexible Angebote begonnen werden. Kinder und Jugendliche sollen künftig in unserer Gesellschaft Verantwortung übernehmen. Dazu gehört für mich mehr demokratische Mitbestimmung und die Möglichkeit, diese auch praktisch zu lernen. Grüne sagen nein zu plumpen Versuchen von PolitikerInnen „rechtes Denken“ in Deutschland wieder salonfähig zu machen. Wir brauchen keine Sündenböcke für die jahrelange asoziale Arbeits-, Migrations- und Wirtschaftspolitik auf

Sven Schmidt

Bundesebene. Ich setze mich für eine effektive Bekämpfung der Jugenderwerbslosigkeit ein. Diese muss notfalls durch strukturelle Mittel eingedämmt werden.

Um Kindern und Jugendlichen die Chance zu geben, sich kritisch mit ihrer Zukunft in beruflicher und gesellschaftlicher Hinsicht auseinander zu setzen, sollen Medienkompetenzen gefördert und soziales Verhalten erlernt werden. Ein Fach wie „Ethik“ beziehungsweise „praktische Philosophie“ stärkt junge Menschen und somit letztlich unsere Gesellschaft.

Kinder und Jugendliche wollen endlich eine faire Möglichkeit erhalten, mobil zu sein. Unser „Schülerticket NRW“ soll wie das Semesterticket preisgünstig angeboten werden.

Der Qualitätspakt zur Hochschulreform bedarf einer kriti-

schon Begleitung. Die Gesellschafts- und Geisteswissenschaften dürfen nicht durch rein quantitative Bewertungskriterien ins Abseits gedrängt werden. Ich streite für die Demokratisierung der Gremien zu Gunsten von StudentInnen. Der gesellschaftliche Dialog über die Gefahren der Gen- und Reproduktionstechnik muss endlich geführt werden, damit sich nicht letztlich wirtschaftliche Interessen über die Anliegen von uns BürgerInnen stellen.

Kontakt:

Email: sven.schmidt@wtal.de

Homepage:

www.gruene-wuppertal.de

www.mamba-wuppertal.de